

Manuskript

Beitrag: Das Chaos um den Mietendeckel – Teurer Wohnen

Sendung vom 20. April 2021

von Armin Coerper, Felix Klauser und Eleni Klotsikas

Anmoderation:

Berlin wollte die Mieten deckeln und bundesweit ein Zeichen setzen. Nach dem Motto: Schaut auf diese Stadt! Wir kümmern uns, Wir packen eins der größten sozialen Probleme der Republik an! Doch dann kassierte das Bundesverfassungsgericht das große Versprechen und den Vorstoß der Hauptstadt. Deckel rauf, Deckel runter – und im Teure-Mieten-Topf brodelt es genauso wie zuvor. Armin Coerper und Eleni Klotsikas über ungedeckelte Probleme.

Text:

Es war eine Kampfansage: der rot-rot-grüne Mietendeckel, Anfang letzten Jahres – Berlin als Bühne für den großen ideologischen Schlagabtausch.

***O-Ton Katrin Lompscher, DIE LINKE, ehemalige Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin, Januar 2020:
Ein ganz klares Signal, dass wir ernst machen mit der
Sicherung des Grundrechts auf Wohnen.***

***O-Ton Michael Müller, SPD, Regierender Bürgermeister von Berlin, Januar 2020:
Es geht um eine zutiefst sozialpolitische Frage.***

***O-Ton Christian Gräff, CDU, MdA Berlin, Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion, Januar 2020:
Dieser Senat hat um Berlin herum wieder eine Mauer gebaut.***

***O-Ton Sebastian Czaja, FDP, MdA Berlin,
Fraktionsvorsitzender, Januar 2020:
Das ist der größte Tabubruch der jüngsten Geschichte.***

Gut ein Jahr später: Was vom Deckel übrigbleibt, ist die Enttäuschung derer, denen Berlins Senat Hoffnung auf billige Mieten gemacht hatte. Die hat das Verfassungsgericht begraben, weil es schon ein Bundesgesetz zur Mietpreisbremse gibt - für die Kritiker des Senats eine Steilvorlage:

***O-Ton Sebastian Czaja, FDP, MdB Berlin,
Fraktionsvorsitzender:***

Er hat jetzt die Mieterinnen und Mieter in ein absolutes Chaos geführt, den Wohnungsmarkt in ein absolutes Chaos geführt, und jetzt will er noch den Steuerzahler für all das haften lassen.

Oriane und Marie mieten eine Wohnung im nicht mehr ganz billigen Stadtteil Kreuzberg. 1.107 Euro mussten sie ursprünglich zahlen. Durch den Mietendeckel waren es 400 Euro weniger. Doch jetzt droht ihnen eine Nachzahlung: 2.000 Euro.

O-Ton Oriane Masse, Grundschullehrerin:

Und das ist viel Geld. Also, wir wissen noch nicht, wie wir das zahlen werden.

Der Berliner Senat hatte Mieter aufgefordert, das gesparte Geld beiseitezulegen, bis das Bundesverfassungsgericht Klarheit schafft - ahnend, vielleicht wissend, dass das Gesetz kippt.

O-Ton Oriane Masse, Grundschullehrerin

Alle haben gesagt: Ja, wir müssen das Geld sparen. - Also, was wir sparen pro Monat, einfach beiseitelegen für den Fall, dass es gekippt wird. Ja, aber wer macht so was?

Offenbar nicht viele: 512.000 Berliner Mieter haben ihre Miete abgesenkt. Experten errechnen daraus eine Summe von 105 Millionen Euro, die die Vermieter jetzt zurückfordern können. Nach einer Umfrage der Berliner Sparkasse haben aber 47 Prozent der Mieter das einbehaltene Geld nicht zurückgelegt.

***O-Ton Sebastian Scheel, DIE LINKE, Senator für
Stadtentwicklung und Wohnen Berlin:***

Wir werden keinen Mieter und keine Mieterin, die in Not geraten ist, dadurch natürlich im Stich lassen. Wir werden also die Mieter*innen, die sich die Miete vom Kühlschrank absparen mussten und jetzt in Not kommen, auch unterstützen.

Im Roten Rathaus beschließt der Senat heute Mittag ein Hilfsprogramm. Der Name: Sicher-Wohnen-Hilfe, verkündet per Videokonferenz vom Bausenator. Der Regierende Bürgermeister lässt sich nicht blicken und lehnt auch unsere Interviewanfrage ab.

O-Ton Frontal 21:

Also, dass jetzt der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird, um die Fehler der Politik finanziell auszugleichen, wie ist das zu beurteilen?

O-Ton Prof. Tino Schuppan, Betriebswirtschaftler, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit:

Katastrophal eigentlich, politisch. Ich kann sagen, dass es für mich eher so eine Ideologie getriebene Robin-Hood-Politik ist, dass man auch Verschiebebahnhöfe macht, von sich selber abzulenken. Die Politik hätte die Möglichkeit gehabt, das Thema anders in den Griff zu bekommen, eben über Bauen.

Platz zum Bauen gibt es in Berlin reichlich. Allein auf dieser Brache sollten fast 1.000 kommunale und genossenschaftliche Wohnungen entstehen. Doch aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheit durch den Mietendeckel sprießt hier statt Wohnraum nur Heidekraut aus dem baubereiten märkischen Sand.

Dabei hatte Rot-Rot-Grün im Koalitionsvertrag den Neubau von 30.000 landeseigenen Wohnungen versprochen. Tatsächlich gebaut werden bis Ende der Legislaturperiode in diesem Herbst aber nur 23.710, es fehlen also gut 20 Prozent.

Zum Beispiel hier: Bezirk Prenzlauer Berg, einer der begehrtesten und teuersten der Stadt. Hier will ein Investor seit elf Jahren 400 bis 500 Wohnungen bauen, ein Drittel wären Sozialwohnungen. Doch genehmigt wird ihm keine einzige.

O-Ton Christian Gérôme, Immobilienentwickler:

Die eine Begründung war natürlich, die Frischluftschneise für Berlin wäre beeinträchtigt, oder es wäre eine Verschattung, obwohl es auf der Nordseite ist. Also, abenteuerliche Begründungen wurden vorgetragen.

Berlinweit fehlen 200.000 Wohnungen. Wohnungen, die nicht fehlen müssten, glaubt Christian Gérôme:

O-Ton Christian Gérôme, Immobilienentwickler:

Wir könnten sofort 200.000 Wohnungen bauen, 100.000 sofort, 200.000 dauert ein bisschen länger. Aber es wird verhindert. Und jede Stadt auf der Welt, ob das Paris ist, ob das Madrid ist, die träumen von diesen Baulandpotenzialen, die wir in Berlin haben, unglaublich.

Mehr bauen will der Berliner Senat nach dem Scheitern des Mietendeckels nicht. Wahlkampf lässt sich damit dennoch machen.

O-Ton Sebastian Scheel, DIE LINKE, Senator für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin:

Also, eins ist auf jeden Fall klar, wir brauchen entweder eine Länderöffnungsklausel im Bund oder ein wirkliches soziales Mietrecht, das diesen Namen verdient, und dafür braucht es eventuell auch andere Mehrheiten im Bund.

Nachfrage in der Bundespressekonferenz:

O-Ton Frontal 21:

Sieht die Bundesregierung da überhaupt Handlungsbedarf?

O-Ton Steve Alter, Sprecher Bundesinnenministerium:

Der Bundesinnenminister, der ja auch für das Bauwesen zuständig ist, hat seine politische Position zu diesem Thema mehrfach deutlich gemacht. Er hält eine Deckelung der Miete für den falschen baupolitischen Weg. Seine Devise heißt: bauen, bauen, bauen.

In Berlin wollen die Mieter derweil die Hoffnung nicht aufgeben, die ihnen die Politik gemacht hat, dass das Wohnen einfach billiger sein könnte. Dass dadurch keine einzige neue Wohnung entsteht, geht im Lärm um den Deckel unter.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.